

am 23. Sept.
11. 23. Sept.
an Uola

349

A m t s = B l a t t

d e r

Königlichen Regierung zu Breslau.

— Stück XLIV. —

Breslau, den 5. November 1823.

B e k a n n t m a c h u n g,

betreffend den zur Einreichung der Schuld=Atteste über Lieferungs=Forderungen aus der französischen Militär=Verpflegungs=Periode festgesetzten Präklusiv=Termin.

Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchster Kabinetts=Ordre vom 4. September c. zur Einreichung der, von den ehemaligen Provinzial=Verpflegungs=Behörden ausgestellten Schuld=Atteste über Forderungen für Lieferungen zur Verpflegung der französischen Truppen, in der Zeit vom 1. März 1812 bis zum 1. März 1813, einen allgemeinen Präklusiv=Termin auf den 31. December d. J. anzuberaumen geruhet.

Es werden daher die Inhaber solcher von den ehemaligen Provinzial=Verpflegungs=Behörden und späterhin auch von den Regierungen ausgestellten Schuld=Atteste aufgefordert, bei Einreichung derselben ihre darauf begründeten Ansprüche im Laufe der gedachten Präklusiv=Frift anzumelden, mit der Verwarnung, daß alle bis zum 31. December d. J. nicht angemeldeten, wenn gleich schon früher bekannten Ansprüche aus solchen Schuld=Attesten, der gleichmäßigen Allerhöchsten Bestimmung gemäß, für gänzlich erloschen werden erklärt werden.

Die Anmeldung und Einreichung dieser Schuld=Atteste geschieht bei denjenigen Königl. Regierungen, welche bisher diese Liquidations=Angelegenheiten regulirt haben, folglich:

in Ansehung der Altste, welche in der Kurmark und den Magdeburgischen Kreisen dießseits der Elbe ausgestellt worden sind, bei der Regierung zu Potsdam,

für Alt-, Vor- und Hinterpommern bei der Regierung zu Stettin, für die Neumark, inclus. der jetzt zum Departement der Regierung zu Köslin gehörenden Kreise, bei der Regierung zu Frankfurth a. d. O.,

für Westpreußen bei der Regierung zu Marienwerder,

für Ostpreußen bei der Regierung zu Königsberg in Preußen,

für Litthauen bei der Regierung zu Gumbinnen,

für Schlesien bei den Regierungen zu Breslau und Liegnitz.

Die Inhaber solcher Schuld Altste werden noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß die Anmeldung, dieser Aufforderung gemäß, geschehen muß, wenn auch der Anspruch früher schon bei irgend einer Behörde angemeldet worden seyn sollte.

Uebrigens müssen diese auf Verträgen beruhende Schuld-Altste wohl unterschieden werden von den über Kriegs-Leistungen aus dem Jahre 1812, Fehrs der Compensation mit der Vermögens- und Einkommensteuer ausgefertigten Auerkennnisse, in Ansehung deren die Præclusion längst eingetreten, und von denen hier keinesweges die Rede ist.

Berlin, den 10. September 1823.,

F i n a n z - M i n i s t e r i u m.

(gez.) v. K l e w i z.

Verordnungen der Königl. Regierung zu Breslau.

Nro. 147. Die Stempelfreiheit der Legitimations-Scheine, welche Maurer und Zimmerleute von ihren Meistern erhalten, betreffend.

Da die, den einzeln auf besondern Bauplänen arbeitenden Maurern und Zimmerleuten von ihren Meistern nach Inhalt unserer Amtsblatt-Versüzung Nro. 46 vom 16. März 1821 Seite 77 und 78 mitzugebenden Legitimations-Scheine, bloß

„einen gewerbsteuer und polizeilichen Zweck haben und dieserhalb an sich nicht stempel-
pflichtig sind, so soll, nach einer unterm 8. d. M. ergangenen Bestimmung des Königl-
lichen Finanz-Ministerii, auch wegen der dazu erforderlichen Beglaubigungs-Atteste
der Orts-Polizei-Behörde kein Stempel zu den gedachten Legitimations-Scheinen
verwendet werden dürfen.

Diese Bestimmung wird hiermit zur allgemeinen Kenntniß gebracht, und haben
die betreffenden Behörden sich darnach zu achten.

Plen. 151. Octbr. Breslau den 24. October 1823.

Königliche Preussische Regierung.

Nro. 148. Wegen Nachrichten von abgewogener Wolle.

Wir geben den sämtlichen Magisträten in den Provinzial-Städten hiesigen
Regierungs-Bezirks auf, drey Tage nach Ablauf des Frühlings- und Herbst-Woll-
markts jeden Jahres anhero anzuzeigen, wie viel Wolle -

- 1) aus Schl.-sien,
- 2) dem Großherzogthum Posen, und
- 3) dem Königreich Pohlen

in dem abgelaufenen Zeitraum auf ihrer Stadtwaage abgewogen worden ist.

II. A. 50. Octbr. IV. Breslau den 28. October 1823.

Königliche Preussische Regierung.

Verordnungen des Königl. Ober-Landes-Gerichts zu Breslau.

Nro. 24. Betreffend die Theilung der Dürftigkeits-Atteste für die aus der Kriegs-Reserve
oder Landwehr zur Festung verurtheilten Sträflinge.

Die Königlichen Kommandanturen der Festungen beschwerten sich, daß oft zur
Kriegs-Reserve oder Landwehr gehörige Sträflinge, welche sich aus eignen Mitteln

Handwritten notes in cursive script, likely a marginalia or a separate document, mentioning names and dates.

nicht verpflegen können, ohne das erforderliche Dürftigkeits-Attest an sie abgeliefert werden.

Sämmtliche Inquisitoriate und Untergerichte in dem Bezirk des unterzeichneten Königl. Ober-Landes-Gerichts werden daher hiermit angewiesen:

in diesem Falle die Einsendung eines solchen Attests niemals zu verabsäumen.

Breslau den 10. October 1823.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht von Schlesien.

B e k a n n t m a c h u n g e n .

Nach ergangenen, von des Königs Majestät resp. unterm 21sten März, 10ten und 21sten September d. J. bestätigten Erkenntnissen, sind nachstehend benannte Militairpersonen, als:

- 1) der aus Sibillenort gebürtige Johann Gottlieb Hüllbrich, Füsilier im 24sten Infanterie-Regiment,
- 2) der Musketier Franz Carl Thamm aus Schweidnitz,
- 3) der Soldat Militair-Sträfling Conrad Stehr aus Rosenthal Habelschwerdter Kreises,

in Folge verübter Verbrechen aus dem Soldatenstande ausgestoßen, und nach ausständener anderweitigen Strafe zur Erlangung des Bürgerrechts, so wie zur Erwerbung eines Grundstücks für unfähig erklärt worden.

Dies wird sämmtlichen Königl. Landrätbl. Aemtern, Magisträten und Polizeibehörden hiesigen Regierungs-Bezirks zur Nachricht und Achtung bekannt gemacht.

I. A. 140. Octbr. XX. Breslau den 23. October 1823.

Königliche Preussische Regierung.

Nach einem, von der hohen Bundes-Versammlung zu Frankfurt a. Main am 3. Juli d. J. gefaßten Beschlusse, wird künftig von derselben keine Zueignung von Druckschriften angenommen oder anerkannt werden, wozu nicht vorher ihre Bewilligung nachgesucht und erlangt worden ist. Es haben daher sämmtliche im hiesigen Regierungs-Bezirk wohnhafte Verfasser und Verleger, welche Druckschriften der hohen Bundesversammlung zuzueignen beabsichtigen, solche zuvörderst bei den betreffenden Königlichen Ministerien einzureichen, worauf sodann nach Befinden durch das Königl. Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten an die dießseitige Bundes-Gesandtschaft das Nöthige ergehen wird.

I. A. 207. Octbr. V. Breslau den 17. October 1823.

Königliche Preussische Regierung.

Da nach Versetzung des Bataillons-Arzt's Burbach von Neumarkt nach Wittenberg, der in dessen Stelle bei dem 3ten Bataillon des Hochlöblichen 10ten Landwehr-Regiments gekommene Bataillons-Arzt Trebert die öffentlichen Prüfungen in der Medicin und Chirurgie, laut seines Fähigkeits-Zeugnisses vom 26. April a. c. abgelegt hat, so ist derselbe am Orte seines amtlichen Aufenthalts und so lange er als oberer Militair-Arzt angestellt bleibt, zur unumschränkten Civil-Praxis berechtigt; welches hiermit öffentlich bekannt gemacht wird.

I. A. XII. 313. Septbr. Breslau den 25. October 1823.

Königliche Preussische Regierung.

Der hiesige Bürger und Kreischmer St. R. Barth hat der evangelischen Kirche in Hundsfeld ein Geschenk mit Fünfzig Rthlr. Courant gemacht. Wir bezeigen dem Geschenkgeber hiermit öffentlich unser Wohlgefallen über diese wohlthätige Handlung.

I. A. C. I. 19. Octbr. Breslau den 18. October 1823.

Königliche Preussische Regierung.

Der zu Landeck gestorbene Post-Commissarius Wagner hat in seinem hinterlassenen Testamente der katholischen Pfarr-Kirche zwei Vermächtnisse, jedes von 500 Rthlr. Real-Münze ausgesetzt.

Der zu Kunersdorf Delß-Bernstädtischen Kreises gestorbene Pfarrer Hansel, hat in seinem Testamente vom 4. May 1820 über einen Theil der Zinsen eines in 1500 Rthlr. Pfandbriefen ausgesetzten Legats in nachstehenden Worten bestimmt:

Behufs Reparatur der hiesigen Kirchen = Dynate jährlich Zwanzig Reichsthaler, worüber jedoch bloß das hiesige Kirchen = Collegium über diese Verwendung ohne Rechnungslegung disponiren soll.

A u f f o r d e r u n g

an alle Verehrer August Hermann Frankens, Stifter des Waisenhauses und Königl. Pädagogiums zu Halle, zu freiwilligen Beyträgen zu einem Demselben zu errichtenden Denkmal.

Es sind beinahe Hundert und dreißig Jahre verflossen, seit der Mann, den ganz Deutschland mit Achtung nennt, den Grundstein zu jenem Waisenhause legte, von welchem zugleich eine ganze Reihe anderer höchst wohlthätiger Anstalten, sowohl in als außer Halle, ausgegangen ist.

Die Zahl derer, welche in den von ihm gegründeten Stiftungen und Schulen für alle Stände, Unterhalt, Unterricht und Bildung für jede Art des Berufes erhalten haben, und noch täglich erhalten, ist kaum zu berechnen. In allen Theilen des deutschen Vaterlandes und selbst im Auslande sind sie zerstreut. Hier und dort hat Franken's Beispiel, Geist und Wort den segensreichsten Einfluß durch Erweckung der Nachahmung gehabt, und ähnliche Wohlthätigkeitsanstalten begründet, und je weiter sein eigenes Leben in die Vergangenheit zurücktritt, desto allgemeiner wird sein Verdienst von der Nachwelt anerkannt, und sein Name unter den großen Wohlthätern seines Zeitalters genannt.

Um so mehr darf man auf eine allgemeine Theilnahme rechnen, wenn ich hierdurch Namens meiner Mitbürger bekannt mache, daß es der Wunsch der Einwohner der

Stadt, welche der Mittelpunkt seiner Wirksamkeit war, geworden ist, dem Manne, der ihr und dem Vaterlande so große Denkmale der Menschenliebe und des Gottvertrauens hinterlassen hat, und deren Dauer durch den Schutz und Beystand unseres theuern Monarchen gesichert ward, auch wiederum ein Denkmal der Dankbarkeit in dem Bezirk seiner Stiftungen zu errichten, und wo möglich durch ein treues und der Zeit trotzendes Standbild, Kinder und Kindeskinde auch an seine äußerliche Persönlichkeit zu erinnern.

Sobald dieser Wunsch laut ward, erklärte sich eine bedeutende Anzahl patriotischer Mitbürger zu größeren und kleineren Beyträgen bereit. Auch machte man es sich zur Pflicht Sr. Königl. Majestät den Plan vorzulegen, und unverzüglich erfolgte die Allerhöchste Genehmigung, so wie die Erlaubniß, durch die Königl. Regierungen und Consistorien der Monarchie Franken's Verehrer zu Beyträgen aufzufordern, wovon auch bereits der Unterzeichnete durch das Hohe Ministerium der Geistlichen- und Unterrichtsangelegenheiten benachrichtigt ist.

Es ergeht daher nun um so vertrauensvoller dieser Aufruf, mit der Bitte, daß Jeder, welcher die Wünsche unserer Stadt theilt, dem Vater und Wohlthäter so vieler Tausende, ein der Größe seines Verdienstes angemessenes Denkmal zu errichten, sowohl selbst als durch Beförderung der Sache in seinem Kreise durch Geldbeyträge, — von denen auch der kleinste dankbar angenommen werden wird, — dafür thätig seyn wolle.

Man bittet die Beyträge zu diesem Denkmal an die hiesige Cammerencasse, unter der Adresse des Herrn Schmeier und Stadtrath Bucherer übersenden zu wollen, und wird über jede Zusendung von dem Königl. Landrath des Saalkreises Halle, dem vorgenannten Herrn Stadtrath Bucherer und von dem Unterzeichneten, als welche gemeinschaftlich die einstweilige Verwaltung der eingehenden Gelder übernommen haben, quittirt werden. Je früher sie eingehen, desto willkommener und eher wird zu übersehen seyn, in welchem Maße der Erwartung des Publikums genügt und was dem geschicktesten Künstler übertragen werden könne. Sobald alsdann die Art und Ausführung die Genehmigung Sr. Königl. Majestät erhalten haben wird, soll unverzüglich Hand an das Werk gelegt und das Weitere davon bekannt gemacht werden.

Halle an der Saale, den 20. August 1823.

Der Bürgermeister

Dr. Mellin.

Inbem wir den Auftrag des Hohen Ministeriums der Geistlichen - Unterrichts- und Medicinal - Angelegenheiten vom 8. September c. zur Bekanntmachung obiger Aufforderung, gemäß Allerhöchster Kabinettsordre vom 28. July c. erfüllen, glauben wir, daß der fromme und hochverdiente Franke auch in Schlessien dankbare Verehrer und Freunde hat, die zur Erhaltung seines Namens gern beitragen werden, und fordern zugleich die Herren Kreis - Landräthe und Superintendenten auf, zu diesem Zweck Beiträge anzunehmen und an unsre Haupt - Instituten - Kasse unter portofreier Rubrik gelangen zu lassen, uns aber gleichzeitig hiervon Anzeige zu machen.

I. A. C. V. 25. Octbr. Breslau den 28. October 1823.

Königliche Preussische Regierung.

D r u c k f e h l' e r.

In dem Amtsblatt Stüd XLI. Seite 320 sechste Zeile von oben herunter soll es statt Pastor Kauer — Pastor Kerner — heißen.
